

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2007 — 3312

[C – 2007/33059]

5. JULI 2007 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abänderung verschiedener dienstrechtlicher Bestimmungen betreffend das Personal des Ministeriums und bestimmter parageinschaftlicher Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Gesetzes vom 16. März 1954 über die Kontrolle bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses, insbesondere des Artikels 11 § 1;

Auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere Artikel 54, abgeändert durch die Gesetze vom 18. Juli 1990 und vom 16. Juli 1993;

Auf Grund des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, insbesondere Artikel 1, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 1998;

Auf Grund des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere Artikel 24 § 1,

Auf Grund des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes, insbesondere Artikel 1;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 20. November 1996 bezüglich der Kontrolle bei Abwesenheit wegen Krankheit im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 7. September 1998 und vom 19. Oktober 2006;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 27. April 2000, 18. Februar 2002, 18. November 2002, 20. Februar 2003, 11. Dezember 2003, 8. Dezember 2004, 10. März 2005 und 19. Oktober 2006;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Einrichtungen Öffentlichen Interesses in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 20. Februar 2003, 11. Dezember 2003 und 19. Oktober 2006;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 9. Dezember 2004 und 10. März 2005;

Auf Grund des Protokolls des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft Nr. S4/2007 vom 25. April 2007;

Auf Grund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 20. April 2007;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt und das Personal, erteilt am 9. Mai 2007;

Auf Grund des Gutachtens 43.167/3 des Staatsrates, das am 12. Juni 2007 in Anwendung von Artikel 84 Absatz 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten zuständig für den Haushalt und das Personal;

Nach Beratung;

Beschliesst:

KAPITEL I - Abänderung des Erlasses der Regierung vom 20. November 1996 bezüglich der Kontrolle bei Abwesenheit wegen Krankheit im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Artikel 1 - Artikel 3 § 3 des Erlasses der Regierung vom 20. November 1996 bezüglich der Kontrolle bei Abwesenheit wegen Krankheit im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch die Erlasse vom 7. September 1998 und 19. Oktober 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt :

«§ 3 Dauert die Krankheit voraussichtlich länger als einen Tag, ist das Personalmitglied verpflichtet, sich von einem Arzt seiner Wahl untersuchen zu lassen.

Der Arzt stellt eine ärztliche Bescheinigung aus, indem er ein Formular, welches das Personalmitglied ihm aushändigt, vorschriftsmäßig ausfüllt. Die Form und der Inhalt des Formulars werden in der Anlage zu vorliegendem Erlass festgelegt.

Dieses Formular wird dem Arzt der Einrichtung umgehend übermittelt, der es einsieht und aufbewahrt sowie den Kontrollbeamten über die Dauer der Abwesenheit umgehend in Kenntnis setzt.

Der Kontrollbeamte benachrichtigt unverzüglich den Abteilungsleiter des Personalmitglieds.»

Art. 2 - Die Anlage zum selben Erlass wird durch die Anlage zum vorliegenden Erlass ersetzt.

KAPITEL II - Abänderung des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten

Art. 3 - Artikel 37 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 37

§ 1 - Ein Beamter, der effektive Dienste leistet, kann bewertet werden oder eine solche Bewertung schriftlich beantragen.

In Abweichung von Absatz 1 machen folgende Anlässe eine Bewertung erforderlich:

1. eine Beförderung gemäß Kapitel IV Abschnitt 2 oder Abschnitt 3;
2. ein Aufstieg gemäß Kapitel IV Abschnitt 4;

3. eine letzte Bewertung mit dem Vermerk «reserviert» oder «negativ»;
4. neue Erkenntnisse über das Dienstverhalten.

In den in Absatz 2 Nummer 1 angeführten Fällen erfolgt die Bewertung in dem Jahr bevor eine Beförderung auf Grund des vorgeschriebenen Dienstalters möglich ist. In dem in Absatz 2 Nummer 2 angeführten Fall erfolgt sie vor der Aufstiegsprüfung. In dem in Absatz 2 Nummer 3 angeführten Fall erfolgt sie ein Jahr nach der letzten Bewertung.

§ 2 - Die laufende Bewertung wirkt weiter, solange keine neue erfolgt.»

Art. 4 - Artikel 38 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. April 2000, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 38

§ 1 - Die Bewertung nimmt die Form eines begründeten Bewertungsberichtes an. Sie bezieht sich auf die berufliche Eignung der Beamten.

§ 2 - Die Bewertungskriterien sind:

1. Qualität der Arbeit;
2. Menge der Arbeit;
3. Verfügbarkeit/Pflichtbewusstsein;
4. Vielseitigkeit;
5. Teamgeist/Kooperationsverhalten;
6. Kreativität/Unternehmungsgeist;
7. Organisationssinn;
8. Bereitschaft die berufliche Kompetenz zu erweitern;
9. gegebenenfalls die Umsetzung von Zielvereinbarungen;
10. gegebenenfalls Führungskompetenz.

Die Kriterien werden in einem Bewertungsbericht aufgenommen. Der Generalsekretär bestimmt die weitere Form des Berichts.

§ 3 Folgende Bewertungen können vergeben werden: «positiv», «reserviert» und «negativ».

Die Bewertung «reserviert» kann höchstens zwei Mal hintereinander vergeben werden. Danach muss eine Bewertung «positiv» oder «negativ» erfolgen.»

Art. 5 - Artikel 39 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 39

«§ 1 - Der Beamte wird zunächst vom unmittelbaren Vorgesetzten, nachdem dieser Rücksprache mit dem Abteilungsleiter genommen hat, zu einem Gespräch eingeladen mit dem Ziel, Erkenntnisse zu beurteilungsrelevanten Sachverhalten zu erhalten und die Bewertung vorzubereiten. Grundlage bilden die in Artikel 38 § 2 angeführten Bewertungskriterien.

Der unmittelbare Vorgesetzte fasst nach dem Gespräch einen Erkenntnisbericht ab. Der Bericht wird dem Beamten ausgehändigt, der berechtigt ist, Anmerkungen zu machen. Der Generalsekretär legt die weitere Form des Berichts fest.

Der Direktionsrat bestimmt die unmittelbaren Vorgesetzten, die der Generalsekretär im Voraus bekannt macht. Es kann sich hierbei um Beamte, um Vertragsbedienstete und um Personalmitglieder aus dem Unterrichtswesen handeln, die einen Sonderauftrag im Ministerium haben.

§ 2 - Der Abteilungsleiter nimmt die Bewertung nach Durchsicht des Erkenntnisberichtes und nach einem Gespräch mit dem Beamten vor.»

Art. 6 - Artikel 40 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. April 2000, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 40

§ 1 Der Beamte, der nicht die Bewertung positiv erhalten hat, kann innerhalb von 15 Arbeitstagen einen Widerspruch beim Widerspruchsausschuss für Bewertungen einlegen. Der schriftliche Widerspruch wird an den Vorsitzenden des Ausschusses gerichtet. Der Beamte hat das Recht vom Widerspruchsausschuss angehört zu werden und sich von einer Person seiner Wahl beistehen zu lassen.

Innerhalb von 15 Arbeitstagen ab Eingang des Widerspruchs beim Vorsitzenden des Ausschusses gibt der Ausschuss ein begründetes Gutachten zum Fall ab und schlägt gegebenenfalls eine neue Bewertung vor. Kommt der Ausschuss nicht zu einem einstimmigen Beschluss, werden die verschiedenen Gutachten jeweils mit Vorschlag übermittelt. Innerhalb von 20 Arbeitstagen ab Eingang des Gutachtens beziehungsweise der Gutachten trifft der Direktionsrat eine endgültige Entscheidung.

§ 2 Der Ausschuss ist auf die gleiche Weise zusammengesetzt wie in Artikel 32 Absätze 1 und 2 vorgesehen.»

Art. 7 - Artikel 41 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. April 2000, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 41

§ 1 - In Abweichung von Artikel 39 nimmt für Beamte, die unmittelbare Vorgesetzte sind, der zuständige Abteilungsleiter die Bewertung ohne Erkenntnisgespräch und Erkenntnisbericht vor.

§ 2 - In Abweichung von Artikel 39 nimmt für Beamte, die definitiv oder diensttuend im Rang I.B beschäftigt sind, der Generalsekretär die Bewertung ohne Erkenntnisgespräch und Erkenntnisbericht vor.

In Abweichung von Artikel 39 nimmt für die Beamten, die definitiv oder diensttuend im Rang I.A beschäftigt sind, der für das Personal zuständige Minister die Bewertung ohne Erkenntnisgespräch und Erkenntnisbericht vor.

Die in Artikel 40 vorgesehenen Aufgaben des Direktionsrates werden in den in Absatz 1 und 2 vorgesehenen Fällen durch die Regierung übernommen.

Im Falle von Absatz 2 wird in Abweichung von Artikel 40 § 2 der sechsköpfige Widerspruchsausschuss folgendermaßen zusammengesetzt: Für die eine Hälfte benennt jede für das Ministerium repräsentative Gewerkschaftsorganisation einen Vertreter, wobei nötigenfalls die Regelung von Artikel 32 Absatz 2 Anwendung findet. Für die übrige Hälfte bestimmt die Regierung Magistrate, die die Kenntnis der deutschen Sprache nachweisen können, wovon einer zum Vorsitzenden bestimmt wird. Die Magistrate nehmen die Aufgabe nicht wahr, wenn ein Befangenheitsgrund vorliegt.»

Art. 8 - In Kapitel V desselben Erlasses wird ein Abschnitt V, den Artikel 87.1 enthaltend, hinzugefügt:

«Abschnitt V: Bereitschaftszulage

Artikel 87.1

Einem Beamten oder einem Vertragsbediensteten, der auf Anweisung des Generalsekretärs außerhalb der vorgeschriebenen Dienstzeit zu Hause bereit steht für etwaige Einsätze im Sicherheits- und Logistikbereich, wird eine Bereitschaftszulage in Höhe von 3 EUR pro Stunde gewährt.

Die Auszahlung der Zulage erfolgt im darauf folgenden Monat gleichzeitig mit dem betreffenden Monatsgehalt.»

Art. 9 - In Kapitel V desselben Erlasses wird ein Abschnitt VI, die Artikel 87.2 bis 87.4 enthaltend, hinzugefügt:

«Abschnitt VI: Zulage für Führungs- und Leitungsaufgaben

Artikel 87.2

§ 1 - Der Generalsekretär kann einem Personalmitglied, das neben dem Abteilungsleiter Führungs- und Leitungsaufgaben in einem bestimmten Arbeitsbereich wahrnimmt, auf Vorschlag des zuständigen Abteilungsleiters und nach Gutachten des Direktionsrates eine Zulage gewähren.

Unter Personalmitglied versteht man einen Vertragsbediensteten, einen Anwärter oder einen Beamten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder ein Personalmitglied aus dem Gemeinschaftsunterrichtswesen oder dem offiziellen oder freien subventionierten Unterrichtswesen, das einen Sonderauftrag im Ministerium hat.

§ 2 - Führungs- und Leitungsaufgaben beinhalten insbesondere folgende Elemente:

1. die Führung von Personalmitgliedern in einem bestimmten Arbeitsbereich einschließlich einer bestimmten Weisungsbefugnis,
2. die Personalentwicklung dieser Personalmitglieder und die Mitwirkung an deren Bewertung,
3. die Leitung eines Arbeitsbereiches, unter anderem die Einteilung der Arbeit unter diese Personalmitglieder und die Überprüfung der Durchführung der Arbeit sowie die Gestaltung von Arbeitsabläufen.

Artikel 87.3

Die Dauer der Gewährung der Zulage beträgt 5 Jahre und kann nach dem in Artikel 87.2 § 1 Absatz 1 angeführten Verfahren erneuert werden.

In Abweichung von Absatz 1 streicht der Generalsekretär entweder aus eigener Initiative und nach Rücksprache mit dem zuständigen Abteilungsleiter oder auf Vorschlag des zuständigen Abteilungsleiters sowie in beiden Fällen nach Gutachten des Direktionsrates vorzeitig die Zulage, wenn das Personalmitglied keine Führungs- und Leitungsaufgaben mehr wahrnimmt.

Artikel 87.4

Die Zulage beträgt bei Vollzeitbeschäftigung 357,09 EUR pro Monat. Die Auszahlung der Zulage erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts. Im Falle einer Teilzeitbeschäftigung wird der Betrag anteilig zur Beschäftigung gekürzt.

Wenn während mindestens 30 aufeinander folgenden Tagen keine effektiven Dienste geleistet werden, erfolgt die Streichung der Zulage für die Dauer der Abwesenheit.

Der in Absatz 1 angeführte Betrag ist an die Schwankungen des Indexes gebunden, der im Königlichen Erlass vom 24. Dezember 1993 zur Ausführung des Gesetzes vom 6. Januar 1989 zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes angeführt wird. Angelindex bei Inkrafttreten des Erlasses ist 138,01.»

Art. 10 - Artikel 105 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 11. Dezember 2003, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Der Jahresurlaub wird durch den Abteilungsleiter gewährt. Der Abteilungsleiter kann gegebenenfalls ein anderes Personalmitglied seiner Abteilung mit der Gewährung des Urlaubs beauftragen.»

Art. 11 - In Artikel 125 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 11. Dezember 2003 und ersetzt durch den Erlass vom 19. Oktober 2006, wird ein Absatz 4 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Der neunwöchige Zeitraum der Arbeitsunterbrechung nach der Entbindung wird auf Antrag des Personalmitglieds um eine zusätzliche Woche verlängert, wenn das Personalmitglied während der sechs Wochen vor dem tatsächlichen Geburtstermin beziehungsweise acht Wochen, falls eine Mehrlingsgeburt vorgesehen ist, arbeitsunfähig gewesen ist.»

Kapitel III — *Abänderung des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Einrichtungen öffentlichen Interesses in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen*

Art. 12 - In Artikel 4 des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Einrichtungen öffentlichen Interesses in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen, abgeändert durch den Erlass vom 11. Dezember 2003, wird die Wortfolge «43 bis 45» durch die Wortfolge «41,44,45» ersetzt.

Art. 13 - In Artikel 8 desselben Erlasses wird die Wortfolge «In den Artikeln 14, 23, 26, 28, 55, 62 und 90» durch die Wortfolge «In den Artikeln 14, 23, 26, 28, 55, 62, 87.1 und 90» ersetzt.

Art. 14 - Artikel 14 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 14

«Artikel 39 desselben Erlasses erhält folgende Fassung:

Artikel 39

«§ 1 - Der Beamte wird zunächst vom unmittelbaren Vorgesetzten, nachdem dieser Rücksprache mit dem Geschäftsführenden Direktor genommen hat, zu einem Gespräch eingeladen mit dem Ziel, Erkenntnisse zu beurteilungsrelevanten Sachverhalten zu erhalten und die Bewertung vorzubereiten. Grundlage bilden die in Artikel 38 § 2 angeführten Bewertungskriterien.

Der unmittelbare Vorgesetzte fasst nach dem Gespräch einen Erkenntnisbericht ab. Der Beamte kann seine Anmerkungen geltend machen. Der Geschäftsführende Direktor bestimmt die weitere Form des Berichts.

Der Direktionsrat bestimmt die unmittelbaren Vorgesetzten, die der Geschäftsführende Direktor im Voraus bekannt macht. Es kann sich hierbei um Beamte, um Vertragsbedienstete und um Personalmitglieder aus dem Unterrichtswesen handeln, die einen Sonderauftrag in der Einrichtung haben.

§ 2 - Der Geschäftsführende Direktor nimmt die Bewertung nach Durchsicht des Erkenntnisberichtes und nachdem er ein Gespräch mit dem Beamten geführt hat, vor.

§ 3 - Im Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand erfolgt im Rahmen der Bewertung in Abweichung von § 1 kein Erkenntnisgespräch und wird kein Erkenntnisbericht erstellt.»

Art. 15 - Artikel 15 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 15

In Artikel 41 werden die Wörter «zuständige Abteilungsleiter» durch die Wörter «Geschäftsführende Direktor» und das Wort «Generalsekretär» durch das Wort «der für das Personal zuständige Minister» ersetzt.»

Art. 16 - Im selben Erlass wird ein Artikel 15.15 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 15.15

Die Artikel 87.2 bis 87.4 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 finden keine Anwendung.»

Kapitel IV — Abänderung des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses

Art. 17 - In Artikel 12 des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 9. Dezember 2004 und 10. März 2005, wird ein Absatz 3 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Die Vertragsbediensteten weisen die Bewertung positiv auf, um die in den vorhergehenden Absätzen vorgesehene Aufwertung erhalten zu können.»

Art. 18 - Im selben Erlass wird ein Kapitel IIIbis den Artikel 12.1 enthaltend hinzugefügt:

«Kapitel IIIbis: Bewertung

Artikel 12.1

Die Artikel 37 bis 41 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten finden auf die Vertragbediensteten Anwendung, wobei in Abweichung von Artikel 37 § 1 Absatz 2 Nummer 1 eine Beurteilung im Jahr vor den in Artikel 12 des vorliegenden Erlasses vorgesehenen möglichen finanziellen Aufwertungen erfolgt und 37 § 1 Absatz 2 Nummer 2 keine Anwendung findet.»

Kapitel V: Aufhebungs- und Schlussbestimmungen

Art. 19 - (...)

Artikel 42 und 43 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten werden aufgehoben.

Artikel 13 des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Einrichtungen öffentlichen Interesses in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen wird aufgehoben.

Art. 20 - (...) Artikel 11 tritt mit Wirkung vom 1. September 2006 in Kraft und Artikel 9 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft.

Art. 21 - Der Ministerpräsident, zuständig für das Personal und den Haushalt, wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 5. Juli 2007.

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden,
K.-H. LAMBERTZ

Anlage zum Erlass vom 5. Juli 2007**Dieses Dokument nicht im Falle eines Arbeitsunfalls / Unfalls auf dem Arbeitsweg verwenden
Persönliche Daten: auszufüllen durch das Personalmitglied**Arbeitgeber: **Ministerium der DG** Matrikelnummer: _____ Abteilung: _____

Name und Vorname: _____

Straße, Hausnummer und Postfach: _____

Postleitzahl und Gemeinde: _____

Vorübergehender Aufenthaltsort während der Krankheit (falls zutreffend)

von ____/____/____ bis ____/____/____ einschließlich

Name auf der Türklingel: _____

Straße, Hausnummer und Postfach: _____

Postleitzahl und Gemeinde: _____

Hier umfalten -----

Attestangaben: auszufüllen durch den behandelnden ArztIch Unterzeichnete(r) erkläre nach Befragung und Untersuchung, dass Herr/Frau _____ arbeitsunfähig ist
wegen _____Das Verlassen der Wohnung ist erlaubt verboten Grund der Arbeitsunfähigkeit Krankheit Privatunfall Sportunfall Mutterschaft Erstes Attest Verlängerung Rückfall Die Arbeitsunfähigkeit bzw. der Körperschaden wurde durch einen Dritten verursacht? Ja Nein

Verordnete Arbeitsunfähigkeit: vom ____/____/____ bis ____/____/____ einschließlich

Krankenhausaufenthalt: vom ____/____/____ bis ____/____/____ einschließlich

Datum der Untersuchung: ____/____/____ Unterschrift + Stempel:

✂ ✂ ✂ Hier abtrennen -----

Durch das Personalmitglied aufzubewahren

Ich Unterzeichnete(r) erkläre nach Befragung und Untersuchung, dass Herr/Frau _____ arbeitsunfähig ist.

Das Verlassen der Wohnung ist erlaubt verboten Grund der Arbeitsunfähigkeit Krankheit Privatunfall Sportunfall Mutterschaft Erstes Attest Verlängerung Rückfall Die Arbeitsunfähigkeit bzw. der Körperschaden wurde durch einen Dritten verursacht? Ja Nein

Verordnete Arbeitsunfähigkeit: vom ____/____/____ bis ____/____/____ einschließlich

Krankenhausaufenthalt: vom ____/____/____ bis ____/____/____ einschließlich

Datum der Untersuchung: ____/____/____ Unterschrift + Stempel:

Gesehen, um dem Erlass vom 5. Juli 2007 beigefügt zu werden.
Eupen, den 5. Juli 2007.

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden,
K.-H. LAMBERTZ

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2007 — 3312

[C – 2007/33059]

5 JUILLET 2007. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone modifiant différentes dispositions statutaires concernant le personnel du Ministère et de certains organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 16 mars 1954 relative au contrôle de certains organismes d'intérêt public, notamment l'article 11, § 1^{er};

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 54, modifié par les lois des 18 juillet 1990 et 16 juillet 1993;

Vu le décret du 19 juin 1990 portant création d'un «Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung» (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées), notamment l'article 1, modifié par le décret du 29 juin 1998;

Vu le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et à la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E., notamment l'article 24, § 1^{er};

Vu le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone, notamment l'article 1;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 20 novembre 1996 relatif au contrôle des absences pour maladie au Ministère de la Communauté germanophone, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 7 septembre 1998 et 19 octobre 2006;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 27 avril 2000, 18 février 2002, 18 novembre 2002, 20 février 2003, 11 décembre 2003, 8 décembre 2004, 10 mars 2005 et 19 octobre 2006;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 20 février 2003, 11 décembre 2003 et 19 octobre 2006;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 9 décembre 2004 et 10 mars 2005;

Vu le protocole n° S4/2007 du Comité de secteur XIX de la Communauté germanophone du 25 avril 2007;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 20 avril 2007;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel, donné le 9 mai 2007;

Vu l'avis n° 43.167/3 du Conseil d'Etat, émis le 12 juin 2007 en application de l'article 84, alinéa 1, 1°, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 20 novembre 1996 relatif au contrôle des absences pour maladie au Ministère de la Communauté germanophone*

Article 1^{er}. L'article 3, § 3, de l'arrêté du Gouvernement du 20 novembre 1996 relatif au contrôle des absences pour maladie au Ministère de la Communauté germanophone, modifié par les arrêtés des 7 septembre 1998 et 19 octobre 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« § 3. Si la maladie est supposée durer plus d'un jour, le membre du personnel est obligé de se faire examiner par un médecin de son choix.

Le médecin établit un certificat médical en complétant dûment la formule qui lui est remise par le membre du personnel. La forme et le contenu de cette formule sont fixés dans l'annexe au présent arrêté.

La formule est transmise immédiatement au médecin de l'établissement qui en prend connaissance, la conserve et communique immédiatement la durée de l'absence à l'agent contrôleur.

L'agent contrôleur informe immédiatement le chef de division du membre du personnel. »

Art. 2. L'annexe du même arrêté est remplacée par l'annexe du présent arrêté.

CHAPITRE II. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents*

Art. 3. L'article 37 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents est remplacé par la disposition suivante :

« Article 37. § 1^{er}. Un agent qui est effectivement en service peut être évalué ou demander par écrit une telle évaluation.

Par dérogation au premier alinéa, une évaluation est requise en cas :

- 1° de promotion conformément au chapitre IV, section 2 ou 3;
- 2° d'accession au niveau supérieur conformément au chapitre IV, section 4;
- 3° de dernière évaluation avec la mention « sous réserve » ou « négative » en conclusion;
- 4° de modification de la manière de servir.

Dans les cas mentionnés à l'alinéa 2, 1°, l'évaluation a lieu l'année précédant celle où une promotion est possible en raison de l'ancienneté. Dans le cas mentionné à l'alinéa 2, 2°, elle intervient avant l'examen d'accession au niveau supérieur. Dans le cas mentionné à l'alinéa 2, 3°, elle a lieu un an après la dernière évaluation.

§ 2. L'évaluation en cours garde ses effets aussi longtemps qu'une nouvelle n'a pas lieu. »

Art. 4. L'article 38 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 avril 2000, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 38. § 1^{er}. L'évaluation prend la forme d'un rapport d'évaluation motivé. Elle porte sur l'aptitude professionnelle de l'agent.

§ 2. Les critères d'évaluation sont :

- 1° la qualité du travail;
- 2° le volume de travail;
- 3° la disponibilité/conscience professionnelle;
- 4° la polyvalence;
- 5° l'esprit d'équipe/le sens de la coopération;
- 6° la créativité/l'esprit d'initiative;
- 7° le sens de l'organisation;
- 8° le souci d'élargir ses compétences professionnelles;
- 9° le cas échéant, la réalisation des objectifs fixés;
- 10° le cas échéant, l'aptitude à diriger.

Les critères figurent dans un rapport d'évaluation. Le secrétaire général détermine plus précisément la forme de ce rapport.

§ 3. Les évaluations suivantes peuvent être attribuées : « positif », « sous réserve », « négatif ».

L'évaluation « sous réserve » peut être attribuée deux fois de suite au plus. L'évaluation suivante doit être « positif » ou « négatif ».

Art. 5. L'article 39 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 39. § 1^{er}. Après s'être concerté avec le chef de division, le supérieur hiérarchique immédiat invite l'agent à un entretien afin de recueillir des informations pertinentes pour l'évaluation et de préparer celle-ci. Les critères d'évaluation mentionnés à l'article 38, § 2, serviront de base.

Après l'entretien, le supérieur hiérarchique immédiat établit un rapport. Ce rapport est remis à l'agent, qui peut y indiquer ses remarques. Le secrétaire général détermine plus précisément la forme de ce rapport.

Le conseil de direction désigne les supérieurs hiérarchiques immédiats dont le nom a d'abord été communiqué par le secrétaire général. Il peut s'agir de fonctionnaires, de contractuels et de membres du personnel de l'enseignement assurant une mission auprès du Ministère.

§ 2. Le chef de division procédera à l'évaluation après examen dudit rapport et après un entretien avec l'agent. »

Art. 6. L'article 40 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 avril 2000, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 40. § 1^{er}. L'agent qui n'a pas reçu l'évaluation « positif » a, dans les quinze jours ouvrables, un droit de recours auprès de la commission de recours en matière d'évaluation. Le recours écrit est adressé au président de la commission. L'agent a le droit d'être entendu par la commission et de se faire assister par la personne de son choix.

Dans les quinze jours ouvrables qui suivent la réception du recours par le président de la commission, cette commission émet un avis motivé sur le cas et propose, le cas échéant, une nouvelle évaluation. Si la commission ne parvient pas à prendre une décision à l'unanimité, les différents avis sont transmis avec les propositions correspondantes. Dans les vingt jours ouvrables suivant la réception de l'avis ou des avis, le conseil de direction statue définitivement.

§ 2. La commission est composée de la même manière que stipulé à l'article 32, alinéas 1 et 2. »

Art. 7. L'article 41 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 avril 2000, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 41. § 1^{er}. Par dérogation à l'article 39, c'est le chef de division compétent qui procède à l'évaluation pour les agents qui sont des supérieurs hiérarchiques immédiats, et ce sans entretien ni rapport préalable.

§ 2. Par dérogation à l'article 39, c'est le secrétaire général qui procède à l'évaluation pour les agents de rang I.B définitifs ou faisant fonction, et ce sans entretien ni rapport préalable.

Par dérogation à l'article 39, c'est le ministre compétent en matière de personnel qui procède à l'évaluation pour les agents de rang I.A définitifs ou faisant fonction, et ce sans entretien ni rapport préalable.

Dans les cas mentionnés aux alinéas 1 et 2, les missions du conseil de direction prévues à l'article 40 sont exercées par le Gouvernement.

Par dérogation à l'article 40, § 2, la commission de recours composée de six membres est composée comme suit dans le cas mentionné au deuxième alinéa : pour une moitié, ce sont les organisations syndicales représentatives pour le Ministère qui désignent chacune un représentant, la réglementation prévue à l'article 32, alinéa 2, étant le cas échéant appliquée; pour l'autre moitié, le Gouvernement désigne des magistrats qui peuvent prouver la connaissance de la langue allemande et dont l'un est désigné président. Les magistrats n'exercent pas la mission en cas de suspicion légitime. »

Art. 8. Au chapitre V du même arrêté, il est inséré une section V comprenant l'article 87.1.

« Section V - Allocation de permanence

Article 87.1. Une allocation de permanence d'un montant de 3 EUR l'heure est octroyée au fonctionnaire ou à l'agent contractuel qui, sur ordre du secrétaire général, en dehors des heures de service imposées, reste disponible chez lui pour d'éventuelles interventions d'ordre sécuritaire ou logistique.

L'allocation est liquidée le mois suivant en même temps que le traitement mensuel. »

Art. 9. Au chapitre V du même arrêté, il est inséré une section VI comprenant les articles 87.2 à 87.4.

« Section VI. — Allocation de management et d'encadrement

Article 87.2. § 1^{er}. Sur proposition du chef de division compétent et sur avis du comité de direction, le secrétaire général peut octroyer une allocation de management et d'encadrement au membre du personnel qui, à côté du chef de division, assure des missions de management et d'encadrement dans un certain domaine d'activités.

Par membre du personnel, l'on entend l'agent contractuel, le stagiaire ou le fonctionnaire du Ministère de la Communauté germanophone ou un membre du personnel de l'enseignement communautaire, de l'enseignement officiel subventionné ou de l'enseignement libre subventionné assurant une mission auprès du Ministère.

§ 2. Les missions de management et d'encadrement comportent notamment les éléments suivants :

1° la direction de membres du personnel dans un certain domaine d'activités, y compris une certaine compétence directionnelle;

2° le développement personnel de ces membres du personnel et l'implication dans leur évaluation;

3° la direction d'un domaine d'activités, entre autres la répartition du travail entre ces membres du personnel et le contrôle sur l'exécution du travail ainsi que l'organisation de processus de travail.

Article 87.3. L'allocation est octroyée pendant 5 ans; la durée d'octroi peut être renouvelée conformément à la procédure déterminée à l'article 87.2., § 1^{er}, alinéa 1.

Par dérogation au premier alinéa, le secrétaire général supprime prématurément l'allocation, soit d'initiative et après concertation avec le chef de division compétent, soit sur proposition du chef de division compétent ainsi que, dans les deux cas, sur avis du conseil de direction si le membre du personnel n'assure plus de mission de management ou d'encadrement.

Art. 87.4. L'allocation s'élève à 357,09 EUR par mois pour un emploi à temps plein. Elle est liquidée en même temps que le traitement mensuel. En cas d'emploi à temps partiel, le montant est réduit au prorata.

Si aucun service effectif n'est presté pendant une période d'au moins 30 jours consécutifs, l'allocation n'est pas liquidée pour la durée de l'absence.

Le montant mentionné au premier alinéa est lié aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation mentionné dans l'arrêté royal du 24 décembre 1993 portant exécution de la loi du 6 janvier 1989 de sauvegarde de la compétitivité du pays. L'indice-pivot lors de l'entrée en vigueur de l'arrêté est 138,01. »

Art. 10. L'article 105, alinéa 2, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 11 décembre 2003, est remplacé par la disposition suivante :

« Le congé de vacances annuelles est accordé par le chef de division. Le cas échéant, le chef de division peut confier à un autre membre du personnel de sa division la charge d'accorder les congés. »

Art. 11. L'article 125 du même arrêté, inséré par l'arrêté du 11 décembre 2003 et remplacé par l'arrêté du 19 octobre 2006, est complété par un quatrième alinéa, libellé comme suit :

« À la demande du membre du personnel, la période d'interruption de travail de neuf semaines suivant l'accouchement est prolongée d'une semaine si l'agent a été incapable de travailler durant les six semaines précédant la date effective de l'accouchement ou les huit semaines en cas de grossesse multiple. »

CHAPITRE III. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents*

Art. 12. Dans l'article 4 de l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents, modifié par l'arrêté du 11 décembre 2003, le passage « 43 à 45 » est remplacé par « 41, 44, 45 ».

Art. 13. Dans l'article 8 du même arrêté, le passage « Dans les articles 14, 23, 26, 28, 55, 62 et 90 » est remplacé par « Dans les articles 14, 23, 26, 28, 55, 62, 87.1 et 90 ».

Art. 14. L'article 14 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 14. L'article 39 du même arrêté doit être lu comme suit :

« Article 39. § 1^{er}. Après s'être concerté avec le directeur délégué, le supérieur hiérarchique immédiat invite l'agent à un entretien afin de recueillir des informations pertinentes pour l'évaluation et de préparer celle-ci. Les critères d'évaluation mentionnés à l'article 38, § 2, serviront de base.

Après l'entretien, le supérieur hiérarchique immédiat établit un rapport. L'agent peut formuler ses remarques. Le directeur délégué détermine plus précisément la forme de ce rapport.

Le conseil de direction désigne les supérieurs hiérarchiques immédiats dont le nom a d'abord été communiqué par le directeur délégué. Il peut s'agir de fonctionnaires, de contractuels et de membres du personnel de l'enseignement assurant une mission auprès de l'organisme.

§ 2. Le directeur délégué procédera à l'évaluation après examen dudit rapport et après un entretien avec l'agent.

§ 3. Par dérogation au § 1^{er}, il n'y a ni entretien ni rapport dans le cadre de l'évaluation en ce qui concerne l'Institut de Formation permanente pour les Classes moyennes et les Petites et Moyennes Entreprises. »

Art. 15. L'article 15 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 15. Dans l'article 41, les termes « le chef de division compétent » et « le secrétaire général » sont respectivement remplacés par « le directeur délégué » et « le Ministre compétent en matière de Personnel ».

Art. 16. Dans le même arrêté, il est inséré un article 15.15, libellé comme suit :

« Article 15.15. Les articles 87.2 à 87.4 de l'arrêté susvisé du 27 décembre 1996 ne sont pas applicables. »

CHAPITRE IV. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public*

Art. 17. L'article 12 de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 9 décembre 2004 et 10 mars 2005, est complété par un troisième alinéa, libellé comme suit :

« Les agents contractuels doivent avoir obtenu l'évaluation « positif » pour pouvoir bénéficier de la valorisation visée aux alinéas précédents. »

Art. 18. Dans le même arrêté, il est inséré un chapitre IIIbis, comprenant l'article 12.1.

« Chapitre IIIbis : Evaluation

Article 12.1. Les articles 37 à 41 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents s'appliquent aux agents contractuels, une évaluation ayant lieu, par dérogation à l'article 37, § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, l'année précédant la valorisation financière éventuelle prévue à l'article 12 du présent arrêté et l'article 37, § 1^{er}, alinéa 2, 2^o, n'étant pas appliqué. »

CHAPITRE V. — *Dispositions abrogatoires et finales*

Art. 19. Les articles 42 et 43 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents sont abrogés.

L'article 13 de l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents est abrogé.

Art. 20. L'article 11 produit ses effets au 1^{er} septembre 2006 et l'article 9 au 1^{er} janvier 2007.

Art. 21. Le Ministre-Président, compétent en matière de Personnel et de Budget, est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 5 juillet 2007.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Annexe à l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2007

Ne pas utiliser ce document en cas d'accident du travail – sur le chemin du travail**Données personnelles : à remplir par le membre du personnel**Employeur : **Ministère de la Com. germ.** N° matricule _____ Division: _____

Nom et prénom : _____

Rue, N° et boîte : _____

Code postal et localité : _____

(Lieu de séjour provisoire durant la maladie (le cas échéant)

Du ____/____/____ au ____/____/____ inclus

Nom sur la sonnette : _____

Rue, N° et boîte : _____

Code postal et localité : _____

Plier ici -----

Données du certificat : à compléter par le médecin traitant

Je soussigné(e) déclare, après avoir interrogé et examiné Mr/Mme, _____ qu'il/elle est incapable de travailler)

pour cause de _____

Sortie autorisée interdite Cause de l'incapacité Maladie Accident de la vie privée Accident sportif Grossesse Premier constat Prolongation Rechute L'incapacité de travail ou la lésion corporelle a été causée par un tiers Oui Non

Incapacité prescrite du ____/____/____ au ____/____/____ inclus

Hospitalisation du ____/____/____ au ____/____/____ inclus

Date de l'examen ____/____/____ Signature + cachet

✂✂✂ Détacher ici -----

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel, gegeven op 9 mei 2007;
 Gelet op het advies nr. 43.167/3 van de Raad van State, gegeven op 12 juni 2007 met toepassing van artikel 84, lid 1,
 1°, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State;
 Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel;
 Na beraadslaging,
 Besluit :

HOOFDSTUK I. — *Wijziging van het besluit van de Regering van 20 november 1996 betreffende de controle van de afwezigheden wegens ziekte in het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap*

Artikel 1. Artikel 3, § 3, van het besluit van de Regering van 20 november 1996 betreffende de controle van de afwezigheden wegens ziekte in het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de besluiten van 7 september 1998 en 19 oktober 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« § 3. Wordt de ziekte geacht meer dan één dag te duren, is het personeelslid ertoe verplicht, zich door een arts van zijn keuze te laten onderzoeken.

De arts stelt een medisch attest op door een formulier dat hem door het personeelslid wordt overgemaakt, behoorlijk uit te vullen. De vorm en de inhoud van het formulier worden in de bijlage bij dit besluit vastgelegd.

Het formulier wordt onverwijld aan de arts van de inrichting overgemaakt die het ter kennis neemt en bewaart en de duur van de afwezigheid onmiddellijk aan de ambtenaar-controleur meedeelt.

De ambtenaar-controleur verwittigt onmiddellijk de afdelingschef van het personeelslid. »

Art. 2. De bijlage bij hetzelfde besluit wordt vervangen door de bijlage bij dit besluit.

HOOFDSTUK II. — *Wijziging van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren*

Art. 3. Artikel 37 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 37. § 1. Een ambtenaar die in werkelijke dienst is, kan geëvalueerd worden of schriftelijk om zo'n evaluatie verzoeken.

In afwijking van lid 1 is een evaluatie vereist :

1° bij een bevordering overeenkomstig hoofdstuk IV, afdeling 2 of 3;

2° bij een overgang naar een hoger niveau overeenkomstig hoofdstuk IV, afdeling 4;

3° indien op het laatste evaluatieverslag de vermelding « onder voorbehoud » of « negatief » als eindconclusie staat;

4° bij nieuwe gegevens inzake de wijze van dienen.

In de gevallen vermeld onder lid 2, 1°, vindt de evaluatie plaats in het jaar vóór het jaar waar een bevordering door het bereiken van de voorgeschreven dienstanciënniteit mogelijk is. In het geval vermeld onder lid 2, 2°, vindt ze plaats vóór het overgangsexamen. In het geval vermeld onder lid 2, 3°, vindt ze in het jaar na de laatste evaluatie plaats.

§ 2. De lopende evaluatie is geldig zolang geen nieuwe evaluatie plaatsvindt. »

Art. 4. Artikel 38 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 27 april 2000, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 38. § 1. De evaluatie wordt met redenen omkleed en in een evaluatieverslag opgetekend. Zij betreft de beroepschiktheid van de ambtenaren.

§ 2. De evaluatiecriteria zijn :

1° kwaliteit van het werk;

2° hoeveelheid werk;

3° beschikbaarheid/plichtbesef;

4° veelzijdigheid;

5° teamgeest/solidariteitsgevoel;

6° creativiteit/ondernemingsgeest;

7° organisatievermogen;

8° bereidheid om zijn beroepsbevoegdheden te verruimen;

9° desgevallend bereiken van de overeengekomen doeleinden;

10° desgevallend leiderscapaciteit.

De criteria worden in een evaluatieverslag opgenomen. De secretaris-generaal bepaalt de nadere vorm van het verslag.

§ 3. Volgende evaluaties kunnen worden toegekend : « positief », « onder voorbehoud » en « negatief ».

De evaluatie « onder voorbehoud » mag ten hoogste twee opeenvolgende keren worden toegekend. Daarna moet de evaluatie « positief » of « negatief » zijn. »

Art. 5. Artikel 39 van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 39. § 1. Na overleg met de afdelingschef nodigt de onmiddellijke hiërarchische meerdere de ambtenaar tot een gesprek uit ten einde voor de evaluatie pertinente gegevens te verkrijgen en de evaluatie voor te bereiden. De evaluatiecriteria vermeld in artikel 38, § 2, dienen als basis.

Na het gesprek stelt de onmiddellijke meerdere een verslag op. Dit verslag wordt aan de ambtenaar overhandigd die er zijn opmerkingen in kan neerschrijven. De secretaris-generaal bepaalt de nadere vorm van het verslag.

De directieraad wijst de onmiddellijke hiërarchische meerderen aan wier naam vooraf door de secretaris-generaal werd medegedeeld. Het kan gaan om ambtenaren, contractuele personeelsleden en personeelsleden van het onderwijs die in het Ministerie een bijzondere opdracht vervullen.

§ 2. De afdelingschef verricht de evaluatie nadat hij bovenvermeld verslag heeft gelezen en een gesprek met de ambtenaar heeft gehad. »

Art. 6. Artikel 40 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 27 april 2000, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 40. § 1. Een ambtenaar die de evaluatie « positief » niet heeft gekregen, heeft binnen 15 werkdagen een recht op beroep bij de commissie van beroep inzake evaluatie. Het schriftelijk beroep wordt aan de voorzitter van de commissie gestuurd. De ambtenaar heeft het recht om door de commissie van beroep te worden gehoord en door een persoon naar eigen keuze te worden bijgestaan.

Binnen 15 werkdagen na de ontvangst van het beroep ingediend bij de voorzitter van de commissie brengt de commissie een met redenen omkleed advies uit over het geval en stelt desgevallend een nieuwe evaluatie voor. Indien de commissie geen eenparigheid bereikt, dan worden de adviezen met de respectievelijke voorstellen medegedeeld. Binnen 20 werkdagen na ontvangst van het advies of van de adviezen neemt de directieraad een definitieve beslissing.

§ 2. De commissie is op dezelfde wijze samengesteld als bepaald in artikel 32, leden 1 en 2. »

Art. 7. Artikel 41 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 27 april 2000, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 41. § 1. In afwijking van artikel 39 verricht de bevoegde afdelingschef de evaluatie zonder gesprek noch verslag voor de ambtenaren die onmiddellijke hiërarchische meerdere zijn.

§ 2. In afwijking van artikel 39 verricht de secretaris-generaal de evaluatie zonder gesprek noch verslag voor de vastbenoemde of waarnemende ambtenaren van rang I.B.

In afwijking van artikel 39 verricht de Minister bevoegd inzake Personeel de evaluatie zonder gesprek noch verslag voor de vastbenoemde of waarnemende ambtenaren van rang I.A.

In de gevallen vermeld in de leden 1 en 2 worden de in artikel 40 bepaalde opdrachten van de directieraad door de Regering vervuld.

In afwijking van artikel 40, § 2, wordt de zeskoppige commissie van beroep in het geval vermeld in lid 2 als volgt samengesteld : voor de ene helft wijst elke voor het Ministerie representatieve vakbondorganisatie één vertegenwoordiger, waarbij desnoods de regeling bepaald in artikel 32, lid 2, toepasselijk is; voor de andere helft wijst de Regering magistraten aan die de kennis van het Duits kunnen bewijzen en onder wie één het voorzitterschap waarneemt. In geval van gewettigde verdenking oefenen de magistraten hun ambt niet uit. »

Art. 8. In hoofdstuk V van hetzelfde besluit wordt een afdeling V ingevoegd, bestaande uit artikel 87.1.

« Afdeling V. Permanentietoelage

Artikel 87.1. Een permanentietoelage ten belope van 3 EUR per uur wordt toegekend aan de ambtenaren of contractuele personeelsleden die op bevel van de secretaris-generaal, buiten de voorgeschreven diensttijd, thuis ter beschikking staan voor mogelijke interventies op het vlak van veiligheid en logistiek.

De toelage wordt in de loop van de volgende maand, tegelijk met de betrokken maandelijkse wedde uitbetaald. »

Art. 9. In hoofdstuk V van hetzelfde besluit wordt een afdeling VI ingevoegd, bestaande uit de artikelen 87.2 tot en met 87.4.

« Afdeling VI. Managements- en staftoelage

Artikel 87.2. § 1. Op voorstel van de bevoegde afdelingschef en op advies van de directieraad kan de secretaris-generaal een toelage toekennen aan een personeelslid dat naast de afdelingschef managements- of stafopdrachten in een bepaald werkgebied vervult.

Onder personeelslid verstaat men een contractueel personeelslid, een stagiaire of een ambtenaar van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap of een personeelslid van het gemeenschapsonderwijs of van het gesubsidieerd officieel resp. vrij onderwijs dat in het Ministerie een bijzondere opdracht vervult.

§ 2. Managements- of stafopdrachten omvatten o.a. volgende elementen :

1° de leiding van personeelsleden in een bepaald werkgebied, met inbegrip van een bepaalde directiebevoegdheid;

2° de persoonlijke ontwikkeling van deze personeelsleden en de medewerking aan hun evaluatie;

3° de directie van een werkgebied, o.a. de arbeidsverdeling onder deze personeelsleden en de controle op de uitvoering van de arbeid alsmede het organiseren van werkprocessen.

Artikel 87.3. De toelage wordt tijdens 5 jaar toegekend; de toekenningsduur kan overeenkomstig de in artikel 87.2, § 1, lid 1, bepaalde procedure worden hernieuwd.

In afwijking van lid 1 schrapt de secretaris-generaal vroegtijdig de toelage, ofwel op eigen initiatief en na overleg met de bevoegde afdelingschef, ofwel op voorstel van de bevoegde afdelingschef alsmede, in beide gevallen, op advies van de directieraad, als het personeelslid geen managements- of stafopdracht meer vervult.

Artikel 87.4. De toelage beloopt 357,09 EUR per maand voor een voltijdse betrekking. De toelage wordt tegelijk met de maandelijkse wedde uitbetaald. Bij deeltijdse betrekking wordt het bedrag naar rato verminderd.

Als tijdens ten minste 30 opeenvolgende dagen geen effectieve dienst gepresteerd wordt, wordt de toelage voor de duur van de afwezigheid niet uitbetaald.

Het bedrag vermeld in lid 1 is gekoppeld aan de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen vermeld in het koninklijk besluit van 24 december 1993 ter uitvoering van de wet van 6 januari 1989 tot vrijwaring van 's lands concurrentievermogen. De spilindex bij de inwerkingtreding van het besluit is 138,01 ».

Art. 10. Artikel 105, lid 2, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 11 december 2003, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Het jaarlijks vakantieverlof wordt door het afdelingshoofd toegekend. Desgevallend kan de afdelingshoofd een ander personeelslid van zijn afdeling met de toekenning van het verlof belasten. »

Art. 11. In artikel 125 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 11 december 2003 en vervangen bij het besluit van 19 oktober 2006, wordt een lid 4 ingevoegd, luidend als volgt :

« Op verzoek van het personeelslid wordt de periode van arbeidsonderbreking van negen weken na de bevalling met een bijkomende week verlengd, indien het personeelslid arbeidsongeschikt is geweest tijdens de zes weken vóór de werkelijke bevallingsdatum of de acht weken in het geval van de geboorte van een meerling. »

HOOFDSTUK III. — *Wijziging van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan*

Art. 12. In artikel 4 van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan, gewijzigd bij het besluit van 11 december 2003, wordt de passus « 43 tot 45 » vervangen door « 41, 44, 45 ».

Art. 13. In artikel 8 van hetzelfde besluit wordt de passus « In de artikelen 14, 23, 26, 28, 55, 62 en 90 » vervangen door « In de artikelen 14, 23, 26, 28, 55, 62, 87.1 en 90 ».

Art. 14. Artikel 14 van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 14. Artikel 39 van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 39. § 1. Na overleg met de afgevaardigde directeur nodigt de onmiddellijke hiërarchische meerdere de ambtenaar tot een gesprek uit ten einde voor de evaluatie pertinente gegevens te verkrijgen en de evaluatie voor te bereiden. De evaluatiecriteria vermeld in artikel 38, § 2, dienen als basis.

Na het gesprek stelt de onmiddellijke meerdere een verslag op. De ambtenaar kan zijn opmerkingen doen gelden. De afgevaardigde directeur bepaalt de nadere vorm van het verslag.

De directieraad wijst de onmiddellijke hiërarchische meerderen aan wier naam vooraf door de afgevaardigde directeur werd medegedeeld. Het kan gaan om ambtenaren, contractuele personeelsleden en personeelsleden van het onderwijs die in de inrichting een bijzondere opdracht vervullen.

§ 2. De afgevaardigde directeur verricht de evaluatie nadat hij het verslag gelezen en een gesprek met de ambtenaar heeft gehad.

§ 3. Bij het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's vindt, in afwijking van § 1, geen gesprek plaats in het kader van de evaluatie en wordt geen verslag opgesteld. »

Art. 15. Artikel 15 van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 15. In artikel 41 worden de woorden « het bevoegde afdelingshoofd » en « de secretaris-generaal » respectievelijk vervangen door « de afgevaardigde directeur » en « de Minister bevoegd inzake Personeel ». »

Art. 16. In hetzelfde besluit wordt een artikel 15.15 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 15.15. De artikelen 87.2 tot en met 87.4 van het bovenvermeld besluit van 27 december 1996 zijn niet toepasselijk. »

HOOFDSTUK IV. — *Wijziging van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut*

Art. 17. In artikel 12 van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 9 december 2004 en 10 maart 2005, wordt een lid 3 ingevoegd, luidend als volgt :

« De contractuele personeelsleden moeten de evaluatie « positief » kunnen voorleggen om de financiële valorisatie bepaald in de voorafgaande leden te kunnen verkrijgen. »

Art. 18. In hetzelfde besluit wordt een hoofdstuk IIIbis ingevoegd, bestaande uit artikel 12.1 :

« Hoofdstuk IIIbis : Evaluatie

Artikel 12.1.. De artikelen 37 tot 41 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren zijn toepasselijk op de contractuelen, waarbij in afwijking van artikel 37, § 1, lid 2, 1°, in de loop van het jaar vóór de mogelijke financiële valorisaties bepaald in artikel 12 van voorliggend besluit een evaluatie plaatsvindt en artikel 37, § 1, lid 2, 2°, niet toepasselijk is. »

HOOFDSTUK V. — *Opheffings- en slotbepalingen*

Art. 19. De artikelen 42 en 43 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren worden opgeheven.

Artikel 13 van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan wordt opgeheven.

Art. 20. Artikel 11 heeft uitwerking op 1 september 2006 en artikel 9 op 1 januari 2007.

Art. 21. De Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel, is belast met de uitvoering van dit besluit. Eupen, 5 juli 2007.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

Bijlage bij het besluit van 5 juli 2007

**Dit document niet gebruiken in geval van arbeidsongeval/ongeval naar en van het werk
Persoonlijke gegevens : door het personeelslid in te vullen**

Werkgever : **Ministerie van de D.G.** Registratienummer _____ Afdeling :

Naam en voornaam :

Straat, huisnummer en bus :

Postcode en gemeente :

Voorlopige verblijfplaats tijdens de ziekte (indien nodig)

van ___ / ___ / ___ tot en met ___ / ___ / ___

Naam op de deurbel :

Straat, huisnummer en bus :

Postcode en gemeente :

Hier vouwen -----

Gegevens van het attest : door de behandelende arts in te vullen

Ik ondergetekende verklaar de heer/mevrouw _____ te hebben gehoord en onderzocht
en hem/haar arbeidsongeschikt te hebben erkend wegens _____

Het verlaten van de woning is	toegelaten 9	verboden 9	
Reden voor de arbeidsongeschiktheid	ziekte 9	privé-ongeval 9	sportongeval 9
	zwangerschap 9		
	eerst attest 9	verlenging 9	herval 9

Werd de arbeidsongeschiktheid of de lichamelijke schade door een derde veroorzaakt? Ja 9 Nee 9

Voorgescreven arbeidsongeschiktheid van ___ / ___ / ___ tot en met ___ / ___ / ___

Ziekenhuisopname van ___ / ___ / ___ tot en met ___ / ___ / ___

Datum van het onderzoek ___ / ___ / ___

Handtekening + stempel

✂✂✂ Hier afscheuren -----

Door het personeelslid te bewaren
--

Ik ondergetekende verklaar de heer/mevrouw te hebben gehoord en onderzocht en hem/haar arbeidsongeschikt te hebben erkend.

Het verlaten van de woning is toegelaten 9 verboden 9

Reden voor de arbeidsongeschiktheid ziekte 9 privé-ongeval 9 sportongeval 9

 zwangerschap 9

 eerst attest 9 verlenging 9 hervat 9

Werd de arbeidsongeschiktheid of de lichamelijke schade door een derde veroorzaakt? Ja 9 Nee 9

Voorgeschreven arbeidsongeschiktheid van ___ / ___ / ___ tot en met ___ / ___ / ___

Ziekenhuisopname van ___ / ___ / ___ tot en met ___ / ___ / ___

Datum van het onderzoek ___ / ___ / ___

Handtekening + stempel

Eupen, 5 juli 2007.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ